

USA – Eine Literaturlese

Zusammengestellt und kommentiert von *Gerd Weidenhausen (gw)*
und *Ralf Sonnenberg (rs)*

JAMES RISEN: **State of War**. Die geheime Geschichte des CIA und der Bush-Administration. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2006. 254 Seiten, 19,95 EUR.

In den letzten Jahren kam der amerikanische Geheimdienst CIA, um den sich stets ein Heer von Legenden, Halbwahrheiten und gezielten Indiskretionen rankte, zunehmend ins Gerede. Der New-York-Times-Reporter James Risen deckt nun in seinem neuesten Buch »State of War« das vielleicht folgenschwerste und waghalsigste Geheimdienstmanöver des legendären CIA in Bezug auf das in der Öffentlichkeit ausgiebig diskutierte Atomprogramm des Iran auf: Danach ließen CIA-Agenten über einen russischen Atomwissenschaftler der iranischen Botschaft in Wien Baupläne für eine Atomwaffe zukommen, Baupläne, die mit absichtlich eingefügten Fehlern die Iraner in die Atom-Irre führen sollten. Man beabsichtigte seitens des CIA mit diesem Trojanischen Pferd die Iraner mit ihrem Atomprogramm auf zeitraubende Abwege zu führen, rechnete aber nicht damit, dass dem russischstämmigen Überbringer, der ehemals als Atomwissenschaftler für die Sowjetunion gearbeitet hatte, Skrupel bei der Inspizierung der fehlerhaften Atombaupläne überkommen könnten, die er dann auch umstandslos den Iranern mitteilte. Man hatte es seitens der CIA nicht für nötig befunden, den russischen Überbringer in die wahre Absicht der Aktion einzuweißen, so dass dieser in gewisser Weise aus dem Ruder lief. Die möglichen Folgen der von James Risen bis ins Detail beschriebenen verdeckten Aktion: Der Iran könnte nach Beseitigung der Fehler in den Besitz wichtiger Informationen gekommen sein, die seine atomaren Ambitionen beförderten.

Diese Operation mit dem sinnigen Namen »Merlin« erwies sich als Bumerang und könnte

den Iran, so Risen, dazu verholpen haben, »in den Club der Atomkräfte zu gelangen«. Der Autor analysiert in seinem Buch über die aktuellen Begebenheiten um den Atomfall Iran hinausgehende Entwicklungen um das Verhältnis von Politik und Geheimdiensten in den USA seit dem 11. September. Dabei schildert er Interna der amerikanischen Machtkonfiguration um das Pentagon und den CIA, bei denen US-Präsident Bush – so wenig wie er Erwähnung findet – anscheinend nur eine marginale Rolle spielt, ganz im Schatten des Kopfes der meisten Anti-Terror-Maßnahmen, aber auch der Intrigen des Kriegsministers Rumsfeld stehend. Nicht nur, so Risen, »die dunkle Infrastruktur« innerhalb des CIA führte zur nachgängigen Konstruktion von »Beweisen« der behaupteten Massenvernichtungswaffen im Irak, sondern auch Rumsfelds Instruktionen, solche Beweise mit allen Mitteln beizubringen. Da half auch wenig, dass etwa dreißig vom CIA befragte Personen aus dem Irak mit internen Kenntnissen übereinstimmend berichteten, irakische Wissenschaftler hätten »erzählt, dass die irakischen Programme zur Entwicklung von nuklearen, chemischen und biologischen Waffen schon lange aufgegeben worden seien.« Risen fährt diesbezüglich fort: »Charlie Allens Plan, mit Hilfe von Familienangehörigen Kontakte zu irakischen Wissenschaftlern aufzunehmen, hatte bemerkenswerte Resultate erbracht. Der CIA hatte in den Monaten vor dem Einmarsch der Amerikaner im März 2003 eine akkurate Einschätzung über den Zustand der irakischen Waffenprogramme erhalten: Sie existierten nicht mehr.« Der Autor beschreibt in der Folge Rumsfelds Strategie innerhalb der Machtkämpfe in der US-Administration, die bis zur systematischen Blockade des Kampfes gegen die Drogen im Drogenstaat Afghanistan und eine merkwürdige Lässigkeit im Kampf gegen

bekannte Terroristen reicht. Maßgeblich für allerlei beabsichtigte Schludrigkeiten scheint der enorme Einfluss des saudischen Geldes »in den Zirkeln der Macht in Washington« zu sein. Die Quintessenz für die mehr als merkwürdigen Verstrickungen und wenig einleuchtenden Fahrlässigkeiten im Anti-Terror-Kampf, überhaupt für die augenfällige Diskrepanz zwischen verbalen Verlautbarungen und Taten bzw. Nicht-Taten der neokonservativen US-Regierung scheint in folgendem Befund Risens zu liegen, an dem sich auch in absehbarer Zukunft nichts ändern dürfte: »Ob Anwälte, Lobbyisten, Waffenproduzenten, ehemalige Kongressabgeordnete und Berater des Weißen Hauses, Diplomaten und Geheimdienstleute oder sogar Journalisten – in den Zirkeln der Macht in Washington sind so viele auf saudisches Geld oder saudische Beziehungen angewiesen, dass hässliche Wahrheiten über saudische Verbindungen zum islamischen Extremismus regelmäßig ignoriert oder totgeschwiegen werden.« gw

CONRAD SCHUHLER: **Unter Brüdern.** Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt. Papy Rossa Verlag, Köln 2003. 165 Seiten, 11 EUR.

Der Diplom-Volkswirt Conrad Schuhler geht in acht Kapiteln dieses Buches den handfesten wirtschaftlichen Interessen der Öl-, Rüstungs-, Auto- und Pharmaindustrie hinter der selbstdefinierten göttlichen Mission der unilateralen Supermacht USA nach, deren scheinbarer Überdehnung und den internen Brüchigkeiten im System. Schwerpunkt der Untersuchung sind außerdem die Interdependenzen mit Europa im Rahmen des transatlantischen Wirtschaftsraumes. Statt Konsens sei seit Ende der 90er Jahre von den Regierenden in den USA eine imperiale Regulation unter anderem durch eine forcierte Militarisierung gefragt, der Europa aufgrund seiner inneren Zerrissenheit und der Abhängigkeit vom US-Markt nichts entgegenzusetzen habe. Schuhler analysiert im Einzelnen die Maßnahmen, durch die die Bush-Administration sich als Interessenexekutor der Reichen offenbart habe: Sozialeistun-

gen wurden massiv gekürzt, während die Reichen-Steuer umgekehrt proportional gesenkt und der Rüstungshaushalt auf astronomische Höhen hochgeschraubt wurde. Vier Prozent der Weltbevölkerung, so rechnet Schuhler vor, verbrauchen 26 Prozent des Gases und Erdöls der Welt, wodurch auch die Fixierung der amerikanischen Außenpolitik auf den arabischen und chinesischen Raum erklärbar werde. Der Autor zitiert in ironischer Anspielung einen »Brief aus Amerika« aus der französischen Kulturzeitschrift »Lettre International«, der die Bedeutung dieser Region auf die einprägsame Formel bringt: »Konfuzius plus Allah ergibt 70 Prozent der Erdölreserven und zwei Drittel der Erdbevölkerung.«

Nach Schuhler sollen religiöse und imperialistische Fundamentalismen ein globales duales System errichten helfen, über das die wirtschaftliche Vereinnahmung und Benutzung der Rohstoff- und Menschenmassen des Ostens sich am effektivsten bewerkstelligen lasse. In dieses System sei Europa eingebettet, zumal die EU die USA nahezu bruchlos kopiere. Folgt man Schuhlers Argumentation, dass die Kriege gegen den Terror nichts anderes als eine Absicherung des Projekts der Globalisierung darstellen, einer Globalisierung, die identisch mit der Machtexpansion des Kapitals, des Clubs der Reichen und Mächtigen sei, so bleibt doch ungeklärt, ob die Geschäfte, die sich die USA im Gas- und Ölpoker versprechen, ohne Krieg im Irak nicht viel günstiger und reibungsloser zu machen gewesen wären. Im Grunde sind Kriege wirtschaftlich unproduktiv und aus der Logik des Kapitals, wie Schuhler es versucht, alleine nicht zu erklären. Folglich greifen Schuhlers »Wege zu einer anderen Welt«, mit der Lösungen vorgeschlagen werden, auch zu kurz. Als Überblick bleibt die Lektüre dennoch lohnend. gw

TOBIAS BADER: **Neokonservatismus, Think Tanks und New Imperialism.** Papy Rossa Verlag, Köln 2005. 140 Seiten, 14 EUR.

Der Autor arbeitet in seiner Dissertation die gewachsene Definitionsmacht der neokonser-

vativen Netzwerke in der Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik der USA heraus. Diese habe zu einer kulturellen Hegemonie konservativen Denkens in den USA geführt. Die Think Tanks bzw. Denkfabriken als institutionelle Netzwerke seien nicht nur, wie üblicherweise angenommen, politikberatend, sondern darüber hinaus kulturdefinierend tätig. Diese Netzwerkstrukturen von Stiftungen, Massenmedien, Militärs, Think Tanks, Wirtschaftsvertretern und Politikern wirken, so des Autors Befund, als Synarchieeffekte von gemeinsamen Interessen, die auf einer »Landkarte der Bedeutungen« neu definiert politische und kulturelle Paradigmen verändern: So habe schon in der Clinton-Ära eine Festlegung neuer »diskursiver Bezugsrahmen« stattgefunden, Begriffe wie Unilateralismus, Präventivkriege, imperiale Größe, rechtsfreie Räume usw. betreffend, die positiv konnotiert Eingang in den kulturellen Mainstream fanden. Während Clinton die US-Hegemonie mit einer Menschenrechtsrhetorik verbunden habe, setze Bush auf Dominanz durch offene Repression. Bader definiert Bushs »New Imperialism« als Ablösung der »soft power« kultureller Hegemonie durch die »hard power« staatlicher Repression und Kriege, die seit dem 11. September forciert wurden. Dabei werde das neo-imperiale Vorgehen immer weniger politisch-moralisch legitimiert. Während die USA nach innen noch immer nach dem Motto verfahren »getting people to want what you want«, werde nach außen eine Politik der offenen Drohung und militärischer Macht favorisiert, die den klassischen, wirtschaftlich orientierten »neoliberalen Imperialismus« durch die Macht des Finanzkapitals (IWF, Weltbank, WTO, Freihandel) abgelöst habe. Seit 1990 habe der »neokonservative Imperialismus« den »neoliberalen« abgelöst. Baders systematisch argumentierende, manchmal auch ein wenig trocken zu lesende Studie weiß sich linker Imperialismus-Kritik der Schule des Neo-Marxisten Gramsci verpflichtet. Sie ist nicht schon deshalb falsch. Nämlich betrachtet man Politik primär als Mittel des Machterhalts privilegierter Klassen, so ist Gramscis Analyse des Zusammenwirkens der »societa politica« des politisch-polizeilichen Zwangsapparats mit der »societa civile« der auf

Konsens zielenden Kräfte wie Schulen, Kirchen, Universitäten, Vereine, Massenmedien, Gewerkschaften und auch Think Tanks durchaus etwas abzugewinnen. Nur unterscheidet sich das reale Leben im Unterschied zur neo-marxistischen Theorie darin, dass in den meisten Fällen die auf Konsens gerichteten Einrichtungen und Institutionen wie Kirchen, Universitäten usw. den Interessen und Intentionen der so genannten Zwangsapparate der »societa politica« widersprechen, diese kritisieren und ihnen zuwiderlaufen. Auch sind Polizei und Staat ihrem Wesen nach mehr als nur »Zwangsapparate«. Somit ist im vorliegenden Buch Zutreffendes von sehr einseitig und verengt Gesehenem zu unterscheiden. Es bleibt dessen Verdienst, auf aufschlussreiche Verflechtungen informeller Macht hingewiesen zu haben.

gw

HANS-EKKEHARD BAHR: **Erbarmen mit Amerika.** Deutsche Alternativen. Aufbau-Verlag, Berlin 2003. 160 Seiten, 14,90 EUR.

Der Autor, seit 1966 Professor für »Christianity and Political Culture« in Chicago, war persönlicher Mitarbeiter Martin Luther Kings. Er betrachtet das Amerika seit dem 11. September mit all seinen kreuzzüglerischen Ambitionen gegen »das Böse« in der Welt aus einer bürgerrechtlichen und selbst christlich-moralischen Perspektive, die sich aber anderen Werten verpflichtet weiß als die evangelikale Rechte um George W. Bush. Statt eines »Kreuzzuges« für Demokratie durch Präventivkriege plädiert er für eine diplomatisch-verhandelnde Vermittlung von Systemgegensätzen im Geiste eines Wandels durch Annäherung, wie ihn verschiedene EU-Initiativen, der Helsinki-Prozess und die Tradition des Dialogs der Kulturen vorgelebt hätten. Dabei hofft der Autor, dass sich das »andere Amerika« mit dem dialogfähigen Europa zu einer globalen politischen Kraft verbinden könnte, um der »moralischen Erschöpfung« Amerikas, die sich in einer falschen »messianischen Weltordnung« der Armageddon-Gläubigen in Washington und in Mekka offenbare, entgegenzuwirken. Bahr geht schwerpunktmäßig den religiösen Mo-

tiven »amerikanischer Machtpolitik« nach, dem »Freund-Feind-Fanatismus«, dem messianisch »endzeitlichen Aspekt«, der Versuchung, anderen *die* Freiheit aufzuzwingen, überhaupt dem »apokalyptischen Drehbuch«, nach dem die Feinde Amerikas abgearbeitet werden sollen. Als dezidiert Christ konstatiert Bahr bei den evangelikalischen Bushisten eine »ideologische Zurüstung der heiligen Texte für die Bedürfnisse der Macht«, das heißt eine interessegeleitete Instrumentalisierung und damit auch Verfälschung von Bibeltexten. Gleichsam deutet er die Reaktion der Bush-Administration auf die Terrorakte des 11. September psychologisch im Sinne einer Abwehr der Erfahrung der Verwundbarkeit, einer Verdrängung der Verletzbarkeit, die aus einer elementaren Leidensunfähigkeit erwachse. Dabei bezieht sich Bahr auf den Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter: »Diese Krankheit, nicht leiden zu können, hatte Richter schon 1997 als eine Art »Gotteskomplex« bezeichnet und sie als Grundstörung des westlichen Mannes dargestellt.«

Ob einem verinnerlichten Sozialdarwinismus mit psychoanalytischen Erklärungsversuchen beizukommen ist, mag dahingestellt sein. Ebenso der Versuch, in Ausklammerung rohstoffstrategischer und globalpolitischer Gesichtspunkte die Politik der Bush-Administration allein religionspsychologisch erklären zu wollen. Dennoch liest sich das Buch besonders für den an religiösen Fragen Interessierten durchaus fruchtbringend. gw

HANS LEYENDECKER: **Die Lügen des Weißen Hauses.** Warum Amerika einen Neuanfang braucht. Rowohlt, Hamburg 2004. 224 Seiten, 14,90 EUR.

H. Leyendecker, leitender politischer Redakteur der »Süddeutschen Zeitung« und Mitglied im amerikanischen »International Consortium of Investigative Journalists«, arbeitet in seiner Studie das ganze Ausmaß der desinformierenden Kriegspropaganda einer machtvollen neokonservativen Gruppe innerhalb der Bush-Administration heraus.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert, einmal in »die Denkfabrik«, in der die Macht der neuen Think Tanks wie des »Project for a New American Century« (PNAC) und deren Personal innerhalb der Bush-Regierung beschrieben wird, zum anderen in »die Lügenfabrik«, in der das ganze Arsenal an gezielten Täuschungen und Unwahrheiten zwecks Legitimierung des Irakkrieges ausgebreitet wird. Dabei ist die Information aufschlussreich, dass eine von Rumsfeld gegründete kleine Arbeitsgruppe mit dem sinnigen Namen »the cabal« bzw. »Office of Special Plans« (OSP) innerhalb des pentagoneigenen Geheimdienstes DIA die anderen US-Geheimdienste auf Vordermann bringt und zunehmend kontrolliert. Damit wäre auf eine Personalisierung und neue Hierarchisierung gewisser Machtstrukturen innerhalb der Bush-Administration hingewiesen, die zudem dem Pentagon eine Sonderstellung gegenüber dem Außenministerium einräumt. Es war auch dieses »Office of Special Plans«, das dafür sorgte, dass die »Beweise«, die man unbedingt haben wollte, auch mit allen Mitteln beigebracht wurden. Dieses für die Lügenfabrikation maßgebliche OSP lag, wie H. Leyendecker minutiös recherchiert, »zu keinem Zeitpunkt daneben«, sondern produzierte Falschinformationen in Serie. Es half auch dabei, dass die Geheimdienste politisch eingesetzt wurden, »um Kriegsgründe zu finden«.

Leyendeckers Studie wiederholt vielleicht an »Enthüllungen«, was schon andernorts verschiedentlich berichtet wurde. Daraus kann man dem Autor angesichts der Fülle kritischer Literatur bezüglich der Bush-Administration keinen Vorwurf machen. Auch nicht den des Anti-Amerikanismus, endet das Buch doch mit einem leidenschaftlichen Plädoyer für den Demokraten John Kerry und dessen Vorbild J. F. Kennedy – Persönlichkeiten, in denen Leyendecker das bessere Amerika sieht. gw

Amerika – der müde Titan? »Internationale Politik«. Januar 2006, Nr. 1, 62. Jahrgang. 9,95 EUR.

In einer Reihe von Aufsätzen widmet sich die Monatszeitschrift der Deutschen Gesellschaft

für Auswärtige Politik verschiedenen Aspekten der Debatte um die Rolle der USA in der gegenwärtigen Welt. Die Themenpalette umfasst die imperiale Überdehnung des »liberalen Hegemon«, die Rolle der so genannten Neocons in der amerikanischen Politik, das Für und Wider der Bush-Doktrin, das Scheitern des US-Militärs im Irak und die Geschichte der manipulierten Kriegseintrittsgründe in den USA. Das Spektrum der bei all diesen Themen von verschiedenen Fachleuten vorliegenden Essays reicht von strikter Ablehnung, konstruktiv-pragmatischer Kritik bis zur bedingungslosen Affirmation der gegenwärtigen US-Politik.

Im ersten Beitrag von P. Rudolf unter dem Titel »Rückkehr des liberalen Hegemon« wird der Frage nachgegangen, ob die Bush-Regierung mit ihrer »Grand Strategy« die traditionelle außenpolitische Grundorientierung verlassen oder diese nur forciert habe. Der zweite Beitrag von M. Kimmage stellt die neuerdings auftauchenden Bedenken neokonservativer Strategen an der Bush-Politik im Irak vor, die sie zu Beginn des Krieges noch wortreich unterstützten. Gleichsam wagt der Autor die Prognose, dass sich die Neokonservativen von der Republikanischen Partei abwenden und zu den Demokraten wechseln werden, sozusagen zurück in heimatliche Gefilde, denn laut Kimmage haben die Neokonservativen ihre Wurzeln in der Truman-Doktrin und bei Kennedy. Recht interessant stellt sich in den Folgebeiträgen die Debatte um die Bush-Doktrin dar, die von den vier angesehenen US-Forschern P. Berman, F. Fukuyama, V. D. Hanson und R. J. Lieber kontrovers ausgetragen wird. Die Befunde reichen vom Glauben an den Erfolg des demokratiefördernden »Nation Building« im Nahen Osten bis zum konstatierten oder prognostizierten Scheitern. Die kurzen Diskussionsbeiträge der Autoren fassen die gegenwärtige US-Debatte prägnant und idealtypisch zusammen. Die klar und komprimiert vorgetragenen Argumente beugen einem potentiellen Ermüden des Lesers erfolgreich vor. Dieser Gefahr entgeht der Beitrag von J. Joffe, seinerseits Herausgeber der »Zeit«, nicht, zumal er seine Überzeugung, die USA seien der einzig denkbare Garant univer-

seller Demokratie, mit wenig klaren und stichhaltigen Argumenten vorträgt. Spannend und in der Sache aufschlussreich erzählt hingegen der »Stern«-Reporter C. Reuter von seinen Eindrücken als Reporter bei den amerikanischen und britischen Militärverbänden im Irak. Dabei erörtert er die Frage, warum im britischen im Unterschied zum amerikanischen Hoheitsgebiet eine zumindest relativ stabile und normale Lage vorherrsche. Das harsche, oft martialische, die Gegebenheiten und Mentalitäten vor Ort nicht berücksichtigende Vorgehen der US-Truppen – gänzlich besessen vom Schwanken zwischen Marshall-Plan und My Lai, zwischen Gutwillen und Grausamkeit – sei für die Eskalation der Gewalt in den von US-Truppen kontrollierten Gebieten verantwortlich. Als Beleg dafür dient dem Autor die geschickte Befriedungspolitik der Briten im Süden des Irak, die aus den im Nordirland-Konflikt gemachten Fehlern die richtigen Lehren gezogen habe. Beiträge über die »Vorwände, Präzedenzfälle und amtliche Lügen« in der Geschichte der amerikanischen Kriegseintritte und das »wirtschaftlich im Kern gesunde« Erfolgsmodell USA beenden die interessante Debatte um den bestimmt nicht »müden Titan« Amerika. gw

JOSEF BRAML: **Amerika, Gott und die Welt.** Matthes & Seitz-Verlag, Berlin 2005. 160 Seiten, 14,90 EUR.

Das Buch von J. Braml, Mitarbeiter der »Stiftung Wissenschaft und Politik«, zuvor Projektleiter beim »Aspen Institute Berlin«, Consultant der Weltbank und legislativer Berater im US-Abgeordnetenhaus, wird von einem pragmatisch orientierten Vorwort von Karsten D. Voigt, dem Koordinator der Bundesregierung für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, eingeleitet, in dem für eine neue transatlantische Perspektive geworben wird, zu deren Zustandekommen aber die »Unterschiede zwischen der amerikanischen und der europäischen Kultur nüchtern abgewogen« werden müssten. Diesem Ziel scheint auch die klar und systematisch aufgebaute Schrift J. Bram-

ls verpflichtet, behandelt sie doch zu Beginn den gegenüber Europa auffallend wirkmächtigen religiösen Faktor in der amerikanischen Gesellschaft, in der die meist republikanisch wählenden evangelikalen »Rechtgläubigen« in ihrem Kampf für »traditionelle amerikanische Werte« und gegen Säkularismus, Feminismus und Kulturrelativismus massiv an Einfluss gewonnen hätten. Dieser zeige sich unter anderem in einem weit gespannten religiösen Netzwerk und einer Fülle von Organisationen der religiösen Rechten, die als »Moral Majority« mit einem Wertekanon wie »pro-life, pro-family, pro-traditional moral, pro-America and pro-Israel« ihr politisches Engagement begründeten. Im ersten Teil der Studie untersucht der Autor die Verandelung der christlichen Rechten mit den Republikanern, um im zweiten Teil deren Ideologie in Fragen der Sexualmoral, der Wirtschaft und Außenpolitik vorzustellen.

Dabei nimmt die außenpolitische Thematik erwartungsgemäß den größten Raum ein, versucht die religiöse Rechte sich doch dort mit ihren apokalyptischen Visionen eines zwangsläufigen Armageddon am augenfälligsten zu positionieren. War die evangelikale religiöse Rechte traditionsgemäß antisemitisch eingestellt, so änderte sich diese Position mit der zunehmenden Thematisierung des Holocaust und insbesondere seit dem 11. September 2001. Seitdem mutierte die christliche Rechte im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus zum Vorreiter einer beschworenen »jüdisch-christlichen Schicksalsgemeinschaft« mit dem Fokus auf die heilige Stätte des Tempelberges in Jerusalem, an der sich Sinn und Ziel aller Geschichte bewahrheiten werde. Dazu bemerkt der Autor: »Jerusalem, vor allem der Tempelberg, steht als so genannte ›heilige Stätte‹ im Zentrum christlich rechter Aufmerksamkeit. Auch der christlich-zionistische Glaube gründet auf diesem Fundament: Erst wenn die Juden nach Jerusalem (Zion) zurückkehren und den dritten Tempel Salomons wieder errichten, ist der Grundstein für die Wiederkehr (second coming) Jesu Christi gelegt.«

Dieser Glaube lässt die außenpolitischen Vorstellungen der christlichen Rechten in Bezug

auf den Nahen Osten erst im rechten Licht erscheinen. Wie sich die christliche Rechte von einem latenten und auch offenen Antisemitismus zur mächtigsten »Pro-Israel-Lobby« in den USA wandelte, so haben sich die Juden in Amerika zunehmend zu einer »deutlicheren und bedeutungsvolleren jüdischen Identität« hin- und vom »universalistischen säkularen Humanismus abgewendet«. Damit war die Voraussetzung dafür geschaffen, dass sich die traditionell links-liberale jüdische Intelligenz auf ein Bündnis mit der traditionell antisemitischen christlichen Rechten einlassen konnte, ein Bündnis, das innerhalb der Republikanischen Partei seine größte Verortung hat. Desweiteren analysiert der Autor Organisationsformen und den politischen Einfluss dieses Bündnisses auf die amerikanische Außenpolitik mit all ihren möglichen Konsequenzen für das europäisch-amerikanische Verhältnis. Dieses wird sich seiner Ansicht nach in Zukunft an den Konfliktfragen Syrien und Iran bewähren müssen. *gw*

BARBARA VICTOR: **Beten im Oval Office.** Christlicher Fundamentalismus in den USA und die internationale Politik. Pendo-Verlag, Zürich 2005. 341 Seiten, 19,90 EUR.

Von einer eher belächelten Randbewegung noch in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich die evangelikale Bewegung in den USA zur dominierenden politisch-religiösen Kraft gewandelt. Sie droht in Ländern Südamerikas zum ernsthaften Konkurrenten der Katholischen Kirche zu werden. 42 Prozent aller US-Amerikaner ordnen sich selbst als Anhänger der Evangelikalen ein und 78 Prozent der weißen Evangelikalen haben bei den letzten Wahlen in den USA für Bush gestimmt. Die religiös-apokalyptische Roman-Reihe der Eiferer Tim LaHaye und Jerry B. Jenkins hat inzwischen eine Auflage von 40 Millionen erreicht. 500 christliche Colleges und evangelikale Abteilungen an den elitären Ivy-League-Universitäten verbreiten eine Version des christlichen Glaubens, die bei den Amtskirchen Europas auf resignatives

Kopfschütteln stößt. Eine vordergründige und mit intellektueller Ranküne versehene Ablehnung dieses Phänomens kann allzu leicht ein Begreifen der Ursachen für die enorme Anziehungskraft der evangelikalen Glaubenskämpfer erschweren. Auch wenn diese Art des Glaubens mit schlichten und äußerst plakativen Überzeugungen daherkommt, so bleibt deren Verführungskraft doch nicht nur auf die US-Bürger der vornehmlich traditionell konservativen und ländlichen Südstaaten beschränkt. Auch in anderen westlichen Ländern erfreut sich der evangelikale Fundamentalismus eines wachsenden Zuspruchs. Weil die Evangelikalen den Optimismus, Individualismus, Sendungs- und Erwähltheitsglauben des europäischen Calvinismus adaptiert und quasi zum Lebensprogramm erhoben haben, schmeichelt die Zugehörigkeit zu dieser Bewegung nicht nur der eigenen Eitelkeit, sondern stattet deren Anhänger auch mit einem kaum zu bremsenden Missionsdrang aus. Gleichsam gereichen die evangelikalen Untergangsprophetien einer unumgänglichen Endschlacht dem eigenen Seelenheil, gehört man doch als frommer Evangelikaler zu der Menschengruppe, die das Unheil nicht ereilt. Dem erlösungsheischenden Glaubenskonsumenten ist also ein »spirituelles« Angebotsmix dargeboten, dessen besonderer Reiz in der Kombination von Seelenheilsversprechen und vermeintlichem Weltsinn liegt. Dabei braucht sich die Seele des Gläubigen auch nicht mit allzu mühsamen meditativen oder gar intellektuellen Exerzitien abzuplagen, kommen doch Gnade und Heil von außen.

Auf derlei Aspekte, die auf etwaige Gründe für die vom evangelikalen Fundamentalismus ausgehende Attraktivität hindeuten mögen, geht die Journalistin Barbara Victor in ihrem neuesten Buch nicht ein. Vielmehr nähert sie sich auf empirischer Basis in Gestalt mannigfacher Interviews, Gespräche und Recherchen diesem erfolgreichen Glaubensphänomen. Dadurch entsteht zwar ein lebendiges und erfahrungsgesättigtes Bild von der flächendeckenden Einflussnahme des christlichen Fundamentalismus auf die amerikanische Gesellschaft, doch erfährt der Leser wenig über die Gründe dieser Aus-

breitungskraft. Es sei denn, man sähe diese alleine in der historischen Entwicklung des evangelikalen Fundamentalismus verankert. Hier schildert die Autorin facettenreich die Geburt und Ausbreitung eines protestantischen Prophetiegläubens, ausgehend vom 19. Jahrhundert, dessen Etablierung in der »elektronischen Kirche« der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts bis hin zur »Moral Majority« der 80er Jahre den Grundstein für die gegenwärtige gesellschaftliche Macht des evangelikalen Fundamentalismus legte. Die Geiselnahme von US-Bürgern am 4. November 1979 durch fanatisierte Gläubige im Iran gab den US-Evangelikalen genauso Auftrieb wie das Attentat vom 11. September 2001. Beide Ereignisse, so Victor, führten zu einer politischen Radikalisierung und Expansion der Evangelikalen. Weiterhin untersucht die Autorin Netzwerke und politische Strategien der Einflussnahme dieser Bewegung, die auch vor einer Revision demokratischer Errungenschaften nicht zurückschreckt. Anscheinend gehört eine sukzessive Aufhebung der Gewaltenteilung zum festen Programm dieser konservativen Frömmeler.

So interessant viele der Berichte und Einzelinformationen auch sein mögen, so fehlt dem Buch doch eine die Einzelkapitel zusammenhaltende bzw. übergreifende Argumentationslinie. Vergeblich sucht man auch nach einer sinnvollen weltanschaulichen Einordnung des evangelikalen Fundamentalismus im Rahmen der Fundamentalismen, die auch die anderen Religionen erfasst haben.

Rudolf Steiner übrigens sah in dem wortwörtlichen, naiven Bibelverständnis religiöser Sekten eine Manifestationsform des Materialismus, die sich zugleich katalysatorisch auf diesen selbst auswirke (GA 193). Unter diesem Gesichtspunkt sowohl den evangelikalen als auch den islamischen Fundamentalismus zu untersuchen, wäre vielleicht ein lohnenderes Unterfangen gewesen als eine breite Darstellung der propagandistischen Einstimmungen in den Kulturkampf zu geben. Diesen Kulturkampf zu vermeiden ist das anerkennenswerte Anliegen der Autorin. Dazu hat sie einen wichtigen Beitrag geleistet. gw

GEIKO MÜLLER-FAHRENHOLZ: **In göttlicher Mission.** Politik im Namen des Herrn. Knauer Verlag, München 2003. 185 Seiten, 7,90 EUR.

Obwohl das Buch bereits 2003 erschienen ist, hat es inhaltlich nicht an Aktualität verloren. Müller-Fahrenholz, seines Zeichens Theologe, entwirft das fiktive Szenario eines Amerika, das nach dem 11. September 2001 ganz anders reagiert: Statt einen Kreuzzug gegen den unsichtbaren Feind »Terrorismus« zu führen, dessen Lügen, Menschenrechtsverletzungen und unverhohlene Arroganz die ganze Welt gegen sich aufbringt, wird hier eine Großmacht skizziert, die eine maßvolle Außenpolitik betreibt und damit signalisiert, dass dem Terrorismus am nachhaltigsten nur durch moralische Überlegenheit und Besonnenheit Paroli geboten werden kann.

Diese Fiktion mag naiv anmuten. Angesichts der Tatsache jedoch, dass die US-amerikanische Politik im Jahr 5 nach »9/11« keines ihrer langfristigen großen Ziele erreicht hat, sondern – im Gegenteil – die Welt heute gewalttätiger, hasserfüllter und unsicherer ist denn je zuvor, schwant wohl auch dem Pro-Amerikanischsten, dass das Kalkül der Bushisten nicht aufgegangen ist, deren Politik in vielen Bereichen sogar zu einem völligen Desaster führte: Neben dem ewig schwelenden jüdisch-arabischen Konflikt eröffnete diese zwei neue, unkontrollierbare Brandherde im Nahen Osten (Afghanistan und Irak), die Rekrutierungsbasen für täglich Hunderte neuer Osama Bin Ladins bilden und an deren Befriedung oder gar »Demokratisierung« heute kein vernünftiger Mensch mehr glaubt.

Der langfristige Flurschaden dieser Politik dürfte jedoch um einiges größer sein: Die unausgesetzte Instrumentalisierung westlicher und christlicher Werte seitens der USA und ihrer Verbündeten hat in der islamischen Welt zu einer fast vollständigen Diskreditierung eben dieser Ideale geführt: Selbst bislang als gemäßigt geltende Muslime ließ diese Politik der offenkundigen Doppelzüngigkeit in das Lager der Extremen überwechseln, während der kulturelle Graben zwischen islamischer und säkular-christlicher Welt weiter aufgerissen wurde.

Der Autor nimmt die Bergpredigt wörtlich,

d.h. er nimmt sie ernst. Und er verdeutlicht an Beispielen, dass die Friedensbotschaft jener meist unterschätzten Worte Jesu gar nicht so realitätsfremd ist, wie es Militärstrategen und Politiker oft der Welt Glauben machen wollen. Das unterscheidet den Theologen Müller-Fahrenholz von den Falken der Bush-Administration, die sich in vielen ihrer Handlungen auf ein »Christentum« berufen, das einem Reiz-Reaktions-Muster folgt und darin vor allem nationalegoistischen Ambitionen dient. 75

PETER SCOWEN: **USA. Ein Schwarzbuch.** Dtv Verlag, München 2004. 296 Seiten, 15 EUR.

Schwarzbücher – ob über den Kommunismus, den Kapitalismus, den Dschihad oder, wie im vorliegenden Falle, über die USA – verkünden schon von ihrem Namen her eine erbarmungslose Offenlegung der dunklen Seiten des behandelten Gegenstandes. Die Geschichte der USA liefert vom Atombombenabwurf über Hiroshima und Nagasaki, dem Vietnam- und den Golfkriegen, den verdeckten oder offenen Interventionen in Chile, Nicaragua und Malaysia bis hin zu den innenpolitischen Skandalen um Watergate eine Menge Stoff für Autoren, die die USA dem Verdacht aussetzen, ihre »gottgegebene Mission« ständig zu missbrauchen. Dabei wiederholt der Autor des vorliegenden »Schwarzbuches« an historischen Fakten und Einsichten über die amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert Altbekanntes: Vom selbstherrlichen Selbstverständnis als einzig freiheitsspendender und unverzichtbarer Nation bis zu den mehr als fragwürdigen Unterstützungen südamerikanischer Diktaturen, kulminierend in der Konstruktion von den Schurkenstaaten im Kalten Krieg und im gegenwärtigen Kampf gegen den Terror, reicht das Feld der Themen, die Scowen mit vielen Einzelbeispielen untersucht. Dabei sieht der Autor im Jahr 1945 eine Scheidelinie zwischen dem »guten« alten Amerika mit seinen Grundsätzen der Freiheit des Individuums, des Schutzes der Menschenrechte und der Freiheit der Märkte, und jenem »schlechten«, weil imperialen Amerika, das seit 1945 zur selbstversessenen Macht

verkommen sei. Die letzten 50 Jahre amerikanischer Geschichte gleichen in den Augen des Autors einer einzigen Verfehlung der wahren amerikanischen Mission. Eigentlich habe diese Abirrung mit Woodrow Wilsons prahlerischem Idealismus schon begonnen. Der gegenwärtig von der Bush-Administration zelebrierte Gut-Böse-Dualismus – ein Erbe der Puritaner, wie Scowen konstatiert – legitimiere eine zunehmende Militarisierung der Politik nach außen und sei nach innen von der Schaffung eines rechtlichen Paralleluniversums begleitet.

Für denjenigen, der die US-Politik der letzten Jahre einigermaßen wach verfolgt hat, ist all das Schnee von gestern. Oft bleiben Scowens Betrachtungen in wertenden Beurteilungen gefangen oder sie listen mehr äußere Fakten auf als dass sie die inneren Motive dieser globalen ökonomischen, politischen und kulturellen Weltermächtigung freizulegen vermöchten. Man hat nach der Lektüre das Gefühl, lediglich die Außenseite einer Nation kennen gelernt zu haben und davon auch nur Abziehbilder. Auch vermeidet Scowen die nicht unwesentliche Frage, wie die Welt denn ohne das amerikanische Imperium aussähe. Eine konträre, auch Gegenargumente berücksichtigende Sichtweise hätte dem »Schwarzbuch« nicht geschadet. *gw*

ULLRICH SPECK, NATAN SZNAIDER: **Empire Amerika**. Perspektiven einer neuen Weltordnung. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2003. 277 Seiten, 16,90 EUR.

Der vielleicht beste und umfassendste Überblick über die gegenwärtige Debatte des Ursprungs, Ziels und Charakters des so genannten »Empire Amerika« bildet die vorliegende Aufsatzsammlung exponierter Autoren, deren Standpunkte von bedingungsloser Affirmation bis zu kritischer Ablehnung der Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit des Führungsanspruchs der einzig verbliebenen Weltmacht USA reichen. Einig sind sich alle Autoren in dem Befund, dass die USA mit ihren konkurrenzlosen militärischen, technologischen und ökonomischen Machtressourcen ihre politischen und wirt-

schaftlichen Ordnungsvorstellungen mehr oder minder expansiv auf der ganzen Welt durchzusetzen gedenken. Uneinig ist man sich aber darüber, ob die USA dies als leuchtendes gesellschaftliches Vorbild im Sinne eines notwendigen Demokratieexports oder als aggressiver Hegemon tun.

Dabei lassen sich in dieser Diskussion verschiedene Denkschulen unterscheiden, denen auch die meisten der in diesem Band versammelten Autoren angehören. Zwei Denkschulen sind dominant: Die »Realisten«, zu denen etwa Henry Kissinger gehört, bewahren eine traditionelle Auffassung von staatlicher Souveränität, nach der die internationalen Beziehungen auf autarken Staaten gründen, in deren innere Angelegenheiten sich einzumischen nicht statthaft ist. Diktatoren werden erst dann massiv bedrängt, wenn sie nach außen zu Aggressoren zu werden drohen. Für die zweite Denkschule, die »Idealisten«, hingegen ist die Souveränität anderer Staaten an die Bedingung wie die Erfüllung der Menschenrechte geknüpft, deren Missbrauch die Staatengemeinschaft zu einer »humanitären Intervention« veranlassen kann. Eine weitere Unterscheidung kann zwischen den Unilateralisten und den Multikulturalisten getroffen werden. Erstere befürworten den Einsatz militärischer Gewalt als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, letztere halten ihn für das Eingeständnis eines völligen Scheiterns. Unilateralisten wie die gegenwärtigen Neokonservativen in der Bush-Regierung sind Anhänger des freien Handels und freier Kapitalbewegungen. Sie glauben in der Regel an die »freie Hand« des Marktes ohne jegliche staatliche Intervention, sind aber in Fragen der Sicherheit und der Projektion sogenannter Präventivkriege bedingungslose Befürworter eines starken Staates.

Im vorliegenden Aufsatzband kommen alle diese Positionen zu Wort. Herausgegriffen seien zunächst die zwei dezidiertesten Kritiker und Apologeten des »Empire Amerika«. Michael Ignatieff und Max Boot, in sublimierter Weise auch Dan Diner, können als strikte Befürworter einer höheren, unverzichtbaren Mission der US-Hegemonie angesehen werden. Max Boot,

Senior Fellow am Council on Foreign Relations von 1997 bis 2002, geht, um diese höhere Mission als notwendige plausibel zu machen, so weit, sämtliche internationalistischen Projekte wie den Völkerbund, den Briand-Kellog-Pakt von 1928 oder die UNO des Scheiterns zu bezichtigen. Dem stellt er das erfolgsversprechende Gegenmodell der USA als Empire in der Tradition von Theodore Roosevelts Monroe-Doktrin gegenüber, das er folgendermaßen verstanden wissen will: »Es liegt in der Logik der Ideen von Roosevelt, dass die Vereinigten Staaten dazu verpflichtet sind, anhaltende Missetaten zu beenden, aus dem einfachen Grund, dass, wenn wir es nicht tun, es niemand anders tun wird. Und nichts anderes haben wir in den letzten zehn Jahren getan, in Ländern wie Panama, Bosnien, Kosovo, Afghanistan und nun auch im Irak.« Gegen derlei Verklärung sind die Beiträge der Linksliberalen Richard Rorty und Mary Kalders zu lesen. Während sich Rorty bei aller Kritik an der zunehmenden Militarisierung der US-Politik, vorangetrieben durch das »eiserne Dreieck« von Unternehmen, Pentagon und korrupten Militärausschüssen von Senat und Kongress, dennoch einem humanitären Interventionismus im Stile Clintons verpflichtet fühlt, analysiert Kaldner die Präventivkriege der Ära Bush als illegitime permanente Kriege, bei denen es vorwiegend um die Erzeugung einer Kriegsmentalität im Rahmen eines projektierten permanenten Ausnahmezustandes gehe. Die dabei inszenierten »Schauspielkriege« befördern, so die Autorin, den Terrorismus, den sie vorgeblich einzudämmen gedenken. Das Ergebnis sei ein nie endender Kreislauf von Gewalt. In diesem »Prozess der gegenseitigen Verstärkung« seien es paradoxerweise die amerikanische Regierung und ihre Feinde, die auf der Grundlage eines nicht realitätsgerechten Weltbildes agieren. Für M. Kaldner ist der Krieg eine Art Eskapismus, der die Aufmerksamkeit von den alltäglichen Nöten und Sorgen ablenkt. Vor allem für die religiösen Fundamentalisten und die Ultrationalisten sei der Krieg ein Mittel, »die Menschen an eine klarere, weniger komplizierte Vergangenheit zu erinnern, eine Form der Nostalgie.«

Die Autorin, die in ihrem 2000 erschienenen

Buch »Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung« Verlaufsformen und Gründe der modernen asymmetrischen Kriege analysierte, plädiert im Rekurs auf Kants Schrift zum »Ewigen Frieden« für eine neuen Kosmopolitismus, bei dem zu den Menschenrechten auch wirtschaftliche und soziale Rechte gehören. Diesen müsste sich eine dringend nötige Neuausrichtung amerikanischer Politik verpflichtet fühlen. In diesem Sinne argumentiert auch der deutsche Politologe Claus Leggewie in seinem Beitrag »Ein Ende der Demokratie?«, dabei auf die unabweisbaren Gefahren einer »autoritären Perversion der Demokratie« im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus hinweisend. Zu diesen treten laut Leggewie »zweitens Tendenzen ihrer Erosion durch plutokratische und quasi-dynastische Schließungen«, bedingt durch den »eklatanten Reichtum des obersten einen Prozent der US-Gesellschaft.« Diese Entwicklung lasse selbst den konservativen Autor Kevin Philipps zur Formel greifen, »dass die amerikanische Demokratie eine Regierung der Großkonzerne durch die Großkonzerne für die Großkonzerne geworden sei.«

Für Herfried Münkler ist hingegen das angeblich demokratiefeindliche Zusammenwirken von Plutokratie und Sicherheitsstaat, wie es Leggewie analysiert, kein Problem, geht es ihm doch um den Nachweis, dass Imperien solange als Ordnungsmacht unabdingbar sind, solange es auf der Welt handlungsunfähige und verantwortungslose Territorialstaaten gibt. Zutreffend und in der Sache richtig sei denn auch die Selbstrechtfertigung von Imperien bezüglich ihrer machtpolitischen Sonderstellung, die doch nur dazu diene, für und im Sinne der ganzen Menschheit zu entscheiden. Ein Imperium, wie nun auch die USA, garantiert nach Münkler die weltpolitische Ordnung in einer chaotisierten Staatenwelt.

Das Sammelband »Empire Amerika« ist für ein Verständnis nicht nur der fachpolitischen Diskussion um die gegenwärtige und künftige Weltordnung unverzichtbar.

gw

DON DE LILLO: **Cosmopolis**. Roman. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2003. 208 Seiten, 16,90 EUR.

Der in New York lebende amerikanische Schriftsteller Don deLillo, dessen umfangreiches Werk mit verschiedenen Preisen, so dem National Book Award, ausgezeichnet wurde, besticht neben seinem erzählerischen Talent und den außergewöhnlichen Romanideen besonders durch seine Zeittendenzen scharfsinnig registrierende Beobachtungsgabe. In dem 1992 erschienen Roman »Mao II« schilderte er eindrücklich den Gegensatz von Individuum und Masse, von Gewalt und Kreativität. Im Roman »Weißes Rauschen« von 1987 wird die Fragilität des konventionellen, konsumorientierten Daseins einer amerikanischen Familie aus der gehobenen Mittelschicht vorgeführt, deren Lebensgewohnheiten in Folge eines Giftgasunfalls in einer nahe gelegenen Chemiefabrik radikal in Frage gestellt werden. Seismografisch spürt Don deLillo gesellschaftlichen Entwicklungen und der veränderten Psychologie der diesen ausgesetzten Menschen nach.

Geradezu idealtypisch realisiert dies der Autor in seinem neuesten Werk »Cosmopolis«. Vorgeführt wird der junge Milliardär, Global Player und moderne Zyniker Eric Packer, wie er im April 2000 einen Tag in seiner mit allen digitalen Raffinessen ausgestatteten Limousine verbringt. Ein Verkehrschaos, begleitet von Demonstrationen diverser Systemgegner, behindert und verzögert die Fahrt zum Friseur und an die Börse am anderen Stadtende. Die Hauptfigur des Romans verbringt also notgedrungen die ganze Zeit in seiner Luxuskarosse, mal sich an ein seine Herzbewegungen aufzeichnendes Echokardiogramm anschließend, mal über den Computer im Auto die aktuellsten Börsendaten abrufend. Am Ende des Romans wird der ständig über das moderne Leben aus unantastbarer Distanz reflektierende junge Milliardär mit Benno Levin konfrontiert, ein ehemals als Computerspezialist arbeitender Untergebener von ihm. Hier entwickelt sich ein Gespräch, in dem die ganze »coolness« des Erfolgsmenschen Eric Packer angesichts der moralischen Anklagen seines ehemaligen Angestell-

ten zum Ausdruck kommt. Großartig ist Don deLillos Roman nicht nur von der Konzeption, von der Idee her: Die Verdichtung von Ort und Zeit korrespondiert mit einer äußeren Handlungsarmut, die die Dialoge und Reflexionen zwangsläufig in den Vordergrund treten lässt. Dabei reflektiert die Hauptfigur das System, von dem sie profitiert und in das sie eingebunden ist, erbarmungslos nüchtern. Betrachtungen über den »Pakt der Unberührbarkeit« als automatisierte Begegnungsangst in der Großstadt oder die Selbstreferenz des Geldes im spekulativen Kapitalismus münden in Einsichten, die als gelungene Symptomatologie des modernen Kapitalismus gelten können: »Der Zerstörungsdrang ist ein kreativer Drang«, sagte er. »Das ist das Erkennungsmerkmal kapitalistischen Denkens. Durchgesetzte Zerstörung. Alle Industrien müssen brutal eliminiert werden. Neue Märkte müssen mit Gewalt behauptet werden. Alte Märkte müssen erneut ausgebeutet werden. Zerstört die Vergangenheit, erschafft die Zukunft.«

Aber wer ist der Ingenieur, derjenige, der in diesem System die Regie führt, in dem die Menschen »in Informationsströme aufgesogen« und in einer »Hysterie in Hochgeschwindigkeit« aufgerieben zu werden drohen? Laut Don deLillo bestimmt keine verschworene Gruppe gediegener älterer Herren, die die Weltgeschichte als Schattenmänner der Macht aus eigener Kraft zu lenken vermöchten. Solch personalisierende Vorstellungen von dem Funktionieren von Gesellschaft glichen einem musealen Atavismus aus den längst vergangenen Zeiten des 19. Jahrhunderts, in dem man sich von der Perfektion der Mikrostruktur der Macht, der Herrschaft der Maschine und der Eigenverantwortung des einzelnen noch keinen adäquaten Begriff zu machen vermochte. »Die Menschen in freien Gesellschaften brauchen die Pathologie des Staates nicht zu fürchten« lässt Don deLillo seine Hauptfigur sagen. »Wir schaffen unseren eigenen Wahnsinn, unsere eigenen Massenverkrampfungen, angetrieben von Denkmaschinen, über die wir letztlich keine Macht haben. Der Wahnsinn ist meistens kaum zu merken. Er liegt einfach darin, wie wir leben.« gw

JOHN UPDIKE: **Sucht mein Angesicht.** Roman. Rowohlt Verlag, Hamburg 2005. 316 Seiten, 19,90 EUR.

Im vorliegenden Roman John Updikes kommt die Geschichte der amerikanischen Nachkriegskunst in Dialogform zu Wort: Geschildert wird ein Tag im Leben von Hope Chafetz, in der unschwer Lee Krasner, die Ehefrau des bekanntesten Vertreters des Abstrakten Expressionismus, Jackson Pollock, zu erkennen ist. Dieser im Roman vorgestellte Tag der Malerin und Witwe des berühmten Künstlers ist ganz mit ihren Erinnerungen an die Aufbruchstimmung amerikanischer Kunst nach dem Zweiten Weltkrieg angefüllt, Erinnerungen, die in ihr angesichts der Fragen der jungen Kunsthistorikerin und Journalistin Kathryn aufsteigen. Ein Tableau von Anekdoten aus dem Künstler- und Ehe-Alltag mit zum Teil rücksichtslosen Intimitäten, aber auch von interessanten Innenansichten einer sich in Konkurrenz zur Pariser Avantgarde etablierenden jungen New Yorker Kunstszene erstreckt sich über den Roman.

So fiktiv wie das Gespräch auch angelegt ist, so sind doch die in ihm auftauchenden Inhalte größtenteils historisch verbürgt: So in etwa die Finanzierung der losen Gruppe der Abstrakten Expressionisten durch die US-Regierung und das »Federal Art Project« mit dem Ziel, zu Beginn des Kalten Krieges auch im kulturellen Bereich mittels einer ungewöhnlichen, vitalen, individualistischen und ungezügelter Malerei eine Führungsposition in der freien Welt zu erringen und sich gegenüber dem sozialistischen Realismus alternativ zu behaupten. Außerdem wurde, so ist dem Roman auch zu entnehmen, die Avantgarde des »American Painting«, die 1959 in einer einjährigen Wanderausstellung durch Europa ihren Geltungsanspruch wirkungsvoll unter Beweis stellte, gezielt gegen »die Linke« in Europa in Stellung gebracht. Das State Department sponserte eine im wahrsten Sinne unpolitische Gruppe junger amerikanischer Künstler, deren scheinbare Ungebundenheit und künstlerische Frische gegen Picassos Friedenstauben, dessen kommunistische Avancen und Sartres engagierte Kunst als

spezifisch amerikanische Kunst herausgestellt wurde. Aber nicht nur Details zur politischen Instrumentalisierung von Künstlern wie Pollock, Rothko, Newman, Gorky usw. kommen zur Sprache, sondern es wird auch ein Bild von deren Leben und Kunst gezeichnet.

Das gelegentliche Kratzen am Nimbus der Avantgardisten der amerikanischen Moderne eines neuen, undefinierten »Surrealismus ohne das Schmunzeln«, einer »Abstraktion ohne Geometrie«, geht aber nicht so weit, die autonomen Leistungen dieser Kunst in Frage zu stellen. Vielmehr bleibt das Verhältnis der Erzählenden zu dieser Kunstszene wie zu ihrem ehemaligen Gatten höchst ambivalent. Überzeugt von seiner künstlerischen Einmaligkeit ordnete sie ihr Leben dem seinigen unter, verzichtete auf das eigene Malen, um das Pollocks zu unterstützen. In der Erinnerung nennt Hope Chafetz Pollock doppeldeutig einen »vorbildlichen Amerikaner ... in den schlammigen Gräben des Selbstausdrucks«, damit auf eine Identität von Künstler und Werk anspielend, die im Roman immer wieder virulent wird: So expressiv-wild Pollocks All-over-Bilder waren – ohne Anfang und Ende, gekritzelt wirkende Schlieren und Spuren von sich wirr überlagernden Farbschleifen scheinbar willkürlich vollzogener Drippings aus angestochenen industriellen Farbdozen –, so unbeständig, unberechenbar, authentisch, aber auch provokativ war der Charakter dieses »Cowboys« der amerikanischen Malerei.

John Updike dekonstruiert in seinem dicht gewobenen Roman den Mythos einer malenden Lichtfigur des vor nichts Halt machenden ungezügelter Individualismus genauso wie den einer völlig autonomen Kunst des Abstrakten Expressionismus. Geschichte wird in ihrer Fiktionalität vorgeführt, indem sie erst durch die Erinnerungsarbeit der auf ihr Leben zurückblickenden Hauptfigur des Romans wieder Züge des Authentischen gewinnt. Die Geschichte der amerikanischen Malerei vom Abstrakten Expressionismus bis zur Pop Art wird im Spiegel der Erinnerungen einer alten Frau erlebbar, die sich unter Leid und Schmerz in einer reinen Männerwelt zu behaupten suchte. gw